Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 12

Artikel: "Der Krieg als ein Instrument der Politik" : Betrachtungen über einen Satz Clausewitz' und seine Bedeutung heute
Autor: Howard, Michael
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162392

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

das durch die zürcherischen Parteien bei der Besetzung von etwa 4000 Gemeindeämtern geht». Seine Lösungen gehen zwar in einer etwas anderen Richtung als die meinigen, liessen sich aber gut miteinander koordinieren. Der Autor glaubt, dass die Arbeitgeber für den politischen Dienst am Staat dem hiezu befähigten und berufenen Bürger in genau gleicher Weise Zeit zur Verfügung stellen sollten, wie sie dies anlässlich des Militärdienstes schon lange täten. – [2] Ich verdanke die folgenden Angaben einer Seminararbeit von Herrn cand. rer. pol. Martin Daetwyler in Oftringen.

«Der Krieg als ein Instrument der Politik»

Betrachtungen über einen Satz Clausewitz' und seine Bedeutung heute

MICHAEL HOWARD

Mindestens zweimal taucht in Karl Maria von Clausewitz' nachgelassenem Werk «Vom Kriege» jene berühmte und häufig missverstandene Wendung vom «Krieg als einem Instrument der Politik» auf. Bereits im 1. Kapitel des 1. Buches stösst der Leser auf eine entsprechende Stelle. Dort heisst es im 24. Abschnitt, «dass der Krieg nicht bloss ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ist, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln». Der Verfasser entwickelt den Gedanken in mehreren Abschnitten weiter, und der Ausdruck kehrt, einem musikalischen Motiv vergleichbar, in verschiedenen Spielarten und Kombinationen wieder. Später lässt ihn Clausewitz vorübergehend fallen und befasst sich ausführlich mit den verschiedenen Erscheinungsformen, Erfordernissen und technischen Fragen des Krieges. Aber im 8. Buch, dem letzten des gesamten Werkes, das wieder dem Krieg als ganzem gilt, steht der ganze Abschnitt B des 6. Kapitels unter dem Titel «Der Krieg ist ein Instrument der Politik». Darin wiederholt der Verfasser die eingangs zitierte Äusserung mit allem Nachdruck: «Wir behaupten..., der Krieg ist nichts anderes als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel.» Wir können mit Recht festhalten, dass es sich hier um das Hauptthema des gesamten Werkes handelt, um die Lehre, an welcher Clause-

witz mehr als an allen andern gelegen war und die er seinen Lesern einprägen wollte. Wenn die vereinfachende, volkstümliche Betrachtungsweise seinen Namen eng mit diesem Satz verknüpft, so tut sie dies nicht zu Unrecht. Es handelt sich hier nämlich nicht um eine beiläufige Bemerkung, sondern um den Kern seines Denkens.

Nichtsdestoweniger verleitet die undifferenzierte Betrachtungsweise mitunter zu einer groben Fehlinterpretation sowohl des Sinnes, den Clausewitz seinem Satz beimass, als auch – zum guten Teil eine Folge eben dieses Fehlschlusses – der gesamten Lehre Clausewitz' vom Krieg. Aus dem Zusammenhang herausgelöst tönt der Begriff «Krieg als ein Instrument der Politik» grausam, kaltherzig, militaristisch und verabscheuungswürdig. Der Krieg, so scheint sie auszusagen, stelle für den Staatsmann nur gerade ein weiteres Mittel zur Verwirklichung der nationalen Ziele dar und dürfe nur vom Gesichtspunkt der reinen Zweckmässigkeit aus beurteilt werden. Nach dem Ermessen englischer und amerikanischer Denker zur Zeit des Ersten Weltkrieges verband sich die Clausewitz zugeschriebene Lehre mit den populären und vereinfachten Vorstellungen vom politischen Ränkespiel Bismarcks und den nur allzu gut beglaubigten Terrormassnahmen der deutschen Truppen in Belgien zu einem Ganzen. Alles trug dazu bei, das Bild des preussischen «Militarismus» in den grellsten Farben aufleuchten zu lassen und spielte in der Folge bei der Schaffung der Friedensordnung von Versailles eine überragende Rolle. Ebenso prägte sich der Abscheu vor dem Krieg tief ins Bewusstsein der Völker Europas und der Vereinigten Staaten ein und führte zum Abschluss des Kelloggpaktes. Darin erklärten die Kontrahenten feierlich, dem «Gebrauch des Krieges als eines Mittels zur Lösung internationaler Streitfragen» abzuschwören und «auf den Krieg als Instrument der nationalen Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen zu verzichten».

Man kann sich fragen, ob Clausewitz im Kelloggpakt irgendetwas gefunden hätte, was seiner eigenen Theorie zuwiderläuft. Möglicherweise hätte er sich zwar bei der Lektüre des Vertragstextes mit leisem Ingrimm an die in Deutschland am Vorabend der napoleonischen Invasion allgemein bekannten Vorschläge Kants zur Verwirklichung des «ewigen Friedens» erinnert. Das Hauptargument, welches er zu verdeutlichen versuchte und deshalb mehrmals ausdrücklich erwähnte, lautete nicht, das politische Instrumentarium eines Staates sei solange unvollständig, als nicht auch der Krieg dazugehöre. Vielmehr bestand er darauf, dass der Krieg nicht ein eigenständiges Ding an sich ist, das man ohne Berücksichtigung der auslösenden Umstände und der Ziele, um derentwillen er geführt wird, erörtern kann. Der volle Wortlaut der bereits oben angeführten Stelle aus Kapitel 6 B des 8. Buches lautet nämlich folgendermassen:

«Man weiss freilich, dass der Krieg nur durch den politischen Verkehr der Regierungen und der Völker hervorgerufen wird; aber gewöhnlich denkt man sich die Sache so,

dass mit ihm jener Verkehr aufhöre und ein ganz anderer Zustand eintrete, welcher nur seinen eigenen Gesetzen unterworfen sei.

Wir behaupten dagegen, der Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel. Wir sagen mit Einmischung anderer Mittel, um damit zugleich zu behaupten, dass dieser politische Verkehr durch den Krieg nicht aufhört, nicht in etwas ganz Anderes verwandelt wird, sondern dass er in seinem Wesen fortbesteht, wie auch die Mittel gestaltet sein mögen, deren er sich bedient, und dass die Hauptlinien, an welchen die kriegerischen Ereignisse fortlaufen und an welche sie gebunden sind, nur seine Lineamente sind, die sich zwischen den Krieg durch bis zum Frieden fortziehen.»

Clausewitz formulierte diese in keiner Weise zu beanstandenden Sätze nicht einfach als Maximen zur weiteren Anleitung von Politikern und Heerführern, die auf den von Sun Tzu oder Friedrich dem Grossen vorgezeichneten Wegen wandelten. Seine Sätze bilden Glieder in einer Kette streng logischer Beweisführung, die sich folgendermassen zusammenfassen lässt: Der Krieg «in seiner absoluten Gestalt» ist ein Akt uneingeschränkter Gewalt. Diese «absolute Gestalt» oder «Vollkommenheit» des Krieges ist nicht einfach eine theoretisch denkbare Möglichkeit; vielmehr könnte man ganz logisch folgern, dass das Kriegsgeschehen notwendigerweise diese Dimension annehmen muss.

«Da der Gebrauch der physischen Gewalt in ihrem ganzen Umfange die Mitwirkung der Intelligenz auf keine Weise ausschliesst, so muss der, welcher sich dieser Gewalt rücksichtslos, ohne Schonung des Blutes bedient, ein Übergewicht bekommen, wenn der Gegner es nicht tut. Dadurch gibt er dem andern das Gesetz, und so steigern sich beide bis zum Äussersten, ohne dass es andere Schranken gäbe als die der innewohnenden Gegengewichte.» *(I, 1, 3.)*

* * *

Somit hätte man eigentlich schon zur Zeit Clausewitz' erwarten können, daß der Krieg infolge dieser «Eskalation» rasch die höchste nur denkbare Stufe der Gewalt erreichte. In Tat und Wahrheit trat dieser Fall aber nie ein. Die Wirklichkeit entsprach nie dem Prinzip der «absoluten Gestalt». Allerdings war dies nicht der Wirksamkeit irgendwelcher Gesetze oder Vorschriften zu verdanken, die das Kriegsgeschehen eingedämmt hätten. Verhaltensregeln solcher Art konnten sich unter Umständen aufgrund des sozialen Klimas in den kriegführenden Staaten herausbilden und das Kriegsgeschehen begrenzen oder mildern, aber «diese Dinge gehören ihm [dem Krieg] nicht selbst an, sind ihm nur ein gegebenes, und nie kann in die Philosophie des Krieges selbst ein Prinzip der Ermässigung hineingetragen werden, ohne eine Absurdität zu begehen» (a.a.O.). Nur die eigenen Möglichkeiten der kriegführenden Parteien, ihre Beweggründe und ihre Handlungsweise wirkten sich hemmend auf den Kriegsverlauf aus. Der Krieg

war kein isolierter Akt. Er wurde zwischen Staaten ausgefochten, deren Organisation unzulänglich und unvollständig war, «und so werden diese von beiden Seiten in Wirksamkeit tretende Mängel ein ermässigendes Prinzip» *(I, 1, 7)*.

Ferner war – im frühen 19. Jahrhundert – der Krieg ein sich über lange Zeit hinziehender Prozess aufeinanderfolgender Unternehmungen, deren Verlauf und Wechselwirkungen niemand vorauszusehen vermochte. «Also schon darum werden beide Gegner in ihrer Wechselwirkung hinter der Linie einer äussersten Anstrengung zurückbleiben und also nicht sogleich alle Kräfte aufgeboten werden.» *(I, 1, 8.)* Und etwas weiter oben heisst es:

«Wäre die Entscheidung im Kriege eine einzige oder eine Reihe gleichzeitiger, so müssten natürlich alle Vorbereitungen zu derselben die Tendenz zum Äussersten bekommen; denn ein Versäumnis liesse sich auf keine Weise wieder einbringen.» *(a.a.O.)*

Eine derartige einzige Entscheidung hielt seinerzeit Schlieffen und halten heute namentlich die Strategen des Raketenzeitalters für möglich. Der technologische Fortschritt brachte notwendigerweise eine Verkürzung des Abstandes zwischen dem «absoluten» und dem «wirklichen» Krieg mit sich. Schon 1914 griffen beide kriegführenden Seiten sehr rasch zu den äussersten Mitteln. Aber der von Clausewitz erwähnte letzte mässigende Faktor sollte auch hier noch gültig bleiben:

«Endlich ist selbst die Totalentscheidung eines ganzen Krieges nicht immer für eine absolute anzusehen, sondern der erliegende Staat sieht darin oft nur ein vorübergehendes Übel, für welches in den politischen Verhältnissen späterer Zeiten noch eine Abhilfe gewonnen werden kann. Wie sehr auch dies die Gewaltsamkeit der Spannung und die Heftigkeit der Kraftanstrengung mässigen muss, versteht sich von selbst.» *(I, 1, 9.)*

Wie wir sehen, bestätigen sich im Bereich des Tatsächlichen die Gesetze der Wahrscheinlichkeit weit häufiger als jene der Logik, und es ist nicht das Wesen des Krieges an sich, welches die Handlungsweise der Kriegführenden bestimmt, sondern vielmehr das von ihnen angestrebte politische Ziel.

«Je kleiner das Opfer ist, das wir von unserem Gegner fordern, um so geringer dürfen wir erwarten, dass seine Anstrengungen sein werden, es uns zu versagen. Je geringer aber diese sind, um so kleiner dürfen auch die unsrigen bleiben. Ferner, je kleiner unser politischer Zweck ist, um so geringer wird der Wert sein, den wir auf ihn legen, um so eher werden wir uns gefallen lassen, ihn aufzugeben...; und so erklärt es sich, wie ohne inneren Widerspruch es Kriege mit allen Graden von Wichtigkeit und Energie geben kann, von dem Vernichtungskriege hinab bis zur blossen bewaffneten Beobachtung.» *(I, 1, 11.)*

Auf diese Weise löst Clausewitz seinen mindestens auf den ersten Blick offenkundigen Widerspruch auf. Er unternimmt es nun, auf der einmal geschaffenen Synthese seine anschliessenden Untersuchungen aufzubauen. Wie wir bereits weiter oben festgestellt haben, bekräftigt er im letzten Teil

seines Werkes nochmals die eingangs angeführte Behauptung. Er beschränkt sich aber nicht darauf, diesen Gedanken einfach neu zu formulieren, sondern verschiebt zugleich auf subtile Weise die Akzente. Im 1. Buch verfährt er analytisch und beseitigt einen theoretischen Widerspruch; im 8. Buch schreibt er belehrend, liefert einen Leitfaden für das praktische Handeln – und anerkennt die Möglichkeit, die man eigentlich aufgrund seiner Argumentationsweise im 1. Buch hätte für ausgeschlossen halten sollen: dass nämlich eine Lage eintreten könnte, in welcher der Krieg einen absoluten, eigenständigen und von politischen Zielen unbeeinflussten Charakter annimmt. Im 1. Buch bezeichnet er folgende Meinung als einen verbreiteten Irrtum:

«Wäre er [der Krieg] nun ein vollkommener, ungestörter, eine absolute Äusserung der Gewalt, wie wir ihn uns aus seinem blossen Begriff ableiten mussten: so würde er von dem Augenblicke an, wo er durch die Politik hervorgerufen ist, an ihre Stelle treten, als etwas ganz von ihr unabhängiges, sie verdrängen und nur seinen eigenen Gesetzen folgen... Allein so ist es nicht, und diese Vorstellung ist eine grundfalsche.» *(I, 1, 23.)*

Nun äussert er die Ansicht, dass Kriege nicht nur notwendigerweise Instrumente der Politik sind, sondern dass sie es auch sein sollten:

«Dass der politische Gesichtspunkt mit dem Beginne des Krieges ganz aufhören sollte, würde nur denkbar sein, wenn die Kriege Kämpfe auf Leben und Tod aus blosser Feindschaft wären... Das Unterordnen des politischen Gesichtspunktes unter den militärischen wäre widersinnig, denn die Politik hat den Krieg erzeugt; sie ist die Intelligenz, der Krieg aber bloss das Instrument, und nicht umgekehrt. Es bleibt also nur das Unterordnen des militärischen Gesichtspunktes unter den politischen möglich... Nach dieser Ansicht ist es eine unzulässige und selbst schädliche Unterscheidung, dass ein grosses kriegerisches Ereignis oder der Plan zu einem solchen eine *rein militärische Beurteilung* zulassen soll; ja, es ist ein widersinniges Verfahren, bei Kriegsentwürfen Militärs zu Rate zu ziehen, damit sie *rein militärisch* darüber urteilen sollen, was die Kabinette zu tun haben... Auch lehrt die allgemeine Erfahrung, dass trotz der grossen Mannigfaltigkeit und Ausbildung des heutigen Kriegswesens die Hauptlineamente des Krieges doch immer von den Kabinetten bestimmt worden sind, das heisst von einer, wenn man technisch sprechen will, nur politischen, nicht militärischen Behörde.» *(VIII, 6 B.)*

Kurz, Clausewitz behauptet nach wie vor, dass der Krieg ein Instrument der Politik eines Staates sein *muss*. Aber der Imperativ ist jetzt weniger – wie früher – der einer blossen Notwendigkeit, sondern vielmehr der einer moralischen Verpflichtung. Ein unpolitischer Krieg mag zwar wohl möglich sein, aber er wäre töricht und falsch.

Diese anscheinend inkonsequente Argumentationsweise beruht auf Clausewitz' scharfsinnigem Verständnis für historische Tatsachen. Die Schranken, welche die tatsächlichen Möglichkeiten der kriegführenden Parteien der Verwirklichung der «absoluten Gestalt» des Krieges entgegenstellten, veränderten sich im Verlauf der verschiedenen Epochen entspre-

chend der politischen Struktur und dem Wirtschaftspotential der betroffenen Staaten. Für die Zeit des 18. Jahrhunderts galt folgende Feststellung: «Das Heer mit seinen Festungen und einigen eingerichteten Stellungen machte einen Staat im Staate aus, innerhalb dessen sich das kriegerische Element langsam verzehrte.» *(VIII, 3 B.)* Nach dem Ausbruch der Französischen Revolution standen der Kriegführung die nationalen Energien und Hilfsmittel in einem bis anhin ungeahnten Ausmass zur Verfügung, und in der Gestalt Napoleons erstand eine Persönlichkeit, die diese Mittel zu organisieren und anzuwenden wusste. Damals «hat also der Krieg... eine ganz andere Natur angenommen, oder vielmehr, er hat sich seiner wahren Natur, seiner absoluten Vollkommenheit sehr genähert» (a.a.O.). Die Schranken, die bis anhin dem Gebrauch uneingeschränkter Gewalt entgegenstanden, begannen nachzugeben, und zwar vor allem infolge der Erweckung neuer, ganze Völker erfassender nationaler Leidenschaften angesichts von Konflikten, die früher von Söldnertruppen über Streitfragen der internationalen Kabinettspolitik ausgefochten worden waren. Nachdem sie einmal nachzugeben begonnen hatten, liessen sie sich nicht leicht wieder aufrichten. Clausewitz formulierte seine Voraussage vorsichtig, sollte aber im wesentlichen damit recht behalten:

> «Ob es nun immer so bleiben wird, ob alle künftigen Kriege in Europa mit dem ganzen Gewicht der Staaten, und folglich nur um grosse, den Völkern nahe liegende Interessen stattfinden werden, oder ob nach und nach wieder eine Absonderung der Regierung von dem Volke eintreten wird, dürfte schwer zu entscheiden sein, und am wenigsten wollen wir uns eine solche Entscheidung anmassen. Aber man wird uns recht geben, wenn wir sagen, dass Schranken, die gewissermassen nur in dem Nichtbewusstwerden dessen, was möglich sei, lagen, wenn sie einmal eingerissen sind, sich nicht leicht wieder aufbauen lassen, und dass wenigstens jedesmal, wenn es sich um grosse Interessen handelt, die gegenseitige Feindschaft sich auf dieselbe Art entladen wird, wie es in unsern Tagen geschehen ist.» *(a.a.O.)*

* * *

Clausewitz' Ausblick gründete auf einer rein politischen Analyse. Neue technische Errungenschaften gaben ihm dann vollkommen recht: Die Eisenbahnen sollten Menschen in einer selbst von Napoleon nicht einmal erträumten Anzahl auf den Kampfplatz führen; die Luftwaffe sollte Tod und Verderben nicht nur auf dem Schlachtfeld, sondern auch in den Heimstätten der Zivilbevölkerung verbreiten. Und heute vermag die nukleare Zerstörungsgewalt das Element der allmählichen Zermürbung im konventionellen Krieg mit einem Schlag auszuschalten und den Krieg in jene «einzige oder eine Reihe gleichzeitiger Entscheidungen» umzuwandeln, was Clausewitz *a priori* für unmöglich erklärt hatte. Alle technischen Neuerungen eliminierten nach und nach die Hemmnisse und Einschränkungen, mit denen

Clausewitz die «absolute Konzeption» des Krieges umgeben hatte. Damit erfüllte der politische Zweck nicht wie früher die Funktion eines automatisch wirksamen, «eingebauten» Riegels, wie er dies im 1. Buch «Vom Kriege» geschildert hatte. Er wurde eher zu einer Art von moralisch verpflichtendem kategorischem Imperativ, den zu befolgen immer schwieriger erschien, während die Strafen für die Nichtbeachtung über alle Massen hart oder gar vernichtend geworden sind.

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts machten sich militärische Erwägungen nicht nur unabhängig vom politischen Ziel geltend; oft diktierten sie es sogar ihrerseits. Das klassische Beispiel findet sich bekanntlich in den Plänen des deutschen Generalstabs von 1914, die ohne Mitwirkung der politischen Instanzen ausgearbeitet und von ihnen schliesslich ohne Widerrede gebilligt wurden. Der militärische Mechanismus, den man hier in Bewegung setzte, um Österreich-Ungarn in einem Balkankonflikt gegen Russland beizustehen, hatte einen Angriff nicht nur gegen Frankreich, sondern auch gegen Belgien zur Folge, gegen ein Land also, dessen Neutralität Deutschland selbst zu respektieren sich verpflichtet hatte und deren Verletzung eine Herausforderung darstellte, welche aller Voraussicht nach keine britische Regierung unbeachtet lassen konnte. Die Auslösung des uneingeschränkten Unterseebootkrieges und – zwar unmittelbar nicht sehr wirksam, aber deswegen nicht weniger verhängnisvoll – die Unterstützung der Bolschewisten in Russland sind weitere Beispiele dafür, wie rein militärisch motivierte Massnahmen eine Politik in Bahnen zwangen, welche sich auf lange Sicht für die Interessen der betreffenden Nation als Ganzes als unheilvoll erwiesen.

Deutschlands Gegner zögerten nicht, ebenfalls den Weg der uneingeschränkten Gewaltanwendung einzuschlagen. Einen Krieg, in dessen Verlauf Millionen von Soldaten litten und fielen, mit einem Kompromissfrieden zu beenden, Grenzverläufe zu berichtigen und Kompensationen entsprechend dem im 18. Jahrhundert gepflogenen Verfahren auszutauschen, erfordert – wie die Amerikaner am Ende des Koreakrieges selbst erfuhren – ein Mass nationaler Selbstbeherrschung, dessen sich bis jetzt nur wenige Staaten rühmen konnten. Absolute Waffen, handle es sich nun um Massenheere oder Kernbomben, bedingen absolute Kriegsziele und absolute Feinde. Die Behauptung, Abertausende von Soldaten seien bei Verdun und an der Somme in den Tod gegangen, um das Kräftegleichgewicht zwischen Österreich-Ungarn und Russland auf dem Balkan aufrechtzuerhalten, wäre einer obszönen Blasphemie gleichgekommen. Umfassendere, wenn auch verschwommenere Kriegsziele allein vermochten die unermesslichen Opfer zu rechtfertigen, welche die moderne Kriegstechnik den Kriegführenden abforderte. Bezeichnenderweise vollzog sich im späteren Verlauf des Krieges die Desintegration Russlands wie auch Österreich-Ungarns fast unbemerkt.

Ein Vierteljahrhundert später zerstörten Bombergeschwader der Alliier-

ten, nachdem sich die Präzisionsbombardierung rein militärischer Ziele mit den verfügbaren technischen Mitteln als undurchführbar erwiesen hatte, zahllose deutsche Städte. Dies machte es aber unmöglich, weiterhin die – vielleicht ohnehin nie ganz ernst gemeinte – Behauptung aufrechtzuerhalten, die Alliierten kämpften nur gegen die nationalsozialistische Tyrannei und nicht etwa gegen das deutsche Volk. Und heute weckt die um sich greifende atomare Bewaffnung nationaler Streitkräfte, und zwar selbst solcher, die angeblich nur zur Führung «begrenzter Kriege» aufgestellt wurden, berechtigte Furcht, dass einmal mehr – und mit schrecklicheren Folgen als jemals zuvor – das Mittel den Zweck und nicht der Zweck das Mittel bestimmen könnte.

Es liess sich erwarten, dass die Nationen der Welt, sobald sie aus etwas grösserer zeitlicher Distanz auf die Ereignisse des Ersten Weltkrieges zurückzublicken vermochten, sich fragen mussten, ob der Krieg, so wie ihn ihre Generation erlebt hatte, jemals wieder ein Instrument der nationalen Politik darstellen könnte. Clausewitz hatte geschrieben:

«So macht also die Politik aus dem alles überwältigenden Element des Krieges ein blosses Instrument; aus dem furchtbaren Schlachtschwert, welches mit beiden Händen und ganzer Leibeskraft aufgehoben sein will, um damit einmal und nicht mehr zuzuschlagen, einen leichten handlichen Degen, der zuweilen selbst zum Rapier wird, und mit dem sie Stösse, Finten und Paraden abwechseln lässt.» *(VIII, 6 B.)*

Aber war das Schlachtschwert mittlerweile nicht zu schwer geworden, als dass selbst die Politik es hätte führen und variieren können? Dies schien doch die Lehre des Ersten Weltkrieges zu sein. Dem Gebrauch des Schlachtschwertes überhaupt abzuschwören erschien als der einzig vernünftige Weg, den einzuschlagen sich lohnte. Aber die Staatsmänner, die dies für möglich hielten, übersahen eine andere Stelle in «Vom Kriege». Sie ist in einem Kapitel über rein technische Aspekte enthalten und wird deshalb meistens nicht beachtet:

«Der Krieg ist mehr für den Verteidiger als für den Eroberer da, denn der Einbruch hat erst die Verteidigung hervorgerufen, und mit ihr den Krieg. Der Eroberer ist immer friedliebend (wie Bonaparte auch stets von sich behauptet hat), und zöge ganz gern ruhig in unsern Staat ein; damit er dies aber nicht könne, darum müssen wir den Krieg wollen, und also auch vorbereiten, das heisst mit andern Worten: es sollen gerade die Schwachen, der Verteidigung Unterworfenen, immer gerüstet sein, um nicht überfallen zu werden.» *(VI, 5.)*

Der Staat, der sich selbst gegen eine Invasion verteidigt, verwendet nicht weniger als der Angreifer den Krieg als ein Instrument seiner Politik. Die Österreicher und die Tschechen gebrauchten 1938 dieses Instrument nicht; die Polen und die Finnen benützten es 1939, ebenso die Russen und die Amerikaner 1941. Auch die Länder, die 1949 den Nordatlantikpakt unterzeichneten, beschlossen, sich seiner zu bedienen, um ihre offensichtlich gefährdete Unabhängigkeit zu bewahren. Als schwer und mörderisch könnte

sich dieses Instrument wohl erweisen, aber ein anderes war damals nirgends zu sehen, und auch heute gibt es keine brauchbare Alternative. Einen politischen und zweifellos notwendigen Krieg fochten die Amerikaner zusammen mit ihren Verbündeten in Korea aus. In seinem Verlauf – dies wollen wir zum Schluss festhalten – offenbarte sich ein klassischer und entscheidender Konflikt zwischen der politischen und den militärischen Instanzen: der Konflikt zwischen Präsident Truman und General MacArthur. Nach seiner Enthebung vom Kommando erklärte General MacArthur vor dem Senat:

«Die während vielen Jahrzehnten allgemein gültige Definition lautete, dass der Krieg das allerletzte Mittel der Politik ist; dass man, sobald alle andern politischen Mittel versagt haben, zur Gewalt schreitet; und dass, wenn man diesen Schritt tut, die Entscheidung über die Art der Durchführung, über die zu berücksichtigenden Hauptinteressen und über die Wahl des für den tödlichen Schlag geeigneten Zeitpunktes dem Ermessen der militärischen Instanz anheimgestellt ist. In jedem Feldzug darf sich der Kommandant des Kriegsschauplatzes nicht nur auf die Führung seiner Truppen beschränken; die ganze betroffene Region untersteht in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht seinem Oberbefehl. Sie müssen in dieser Phase des Ringens, da die Politik gescheitert ist und das Militär das Ruder übernimmt, Vertrauen haben. Sie müssen dem Militär Vertrauen entgegenbringen, andernfalls werden wir das einst von den Sowjets praktizierte System des politischen Kommissars haben, der sowohl das Militär als auch die Politik des Landes lenkt. ... Ich halte mit aller Deutlichkeit fest, dass es, sobald die Truppen in das Schlachtgeschehen verwickelt sind, keinen als Politik etikettierten Kunstgriff mehr geben sollte, der die eigenen Leute behindern, ihre Siegesaussichten verringern und ihre Verluste vergrössern würde.»

MacArthur lehnte Clausewitz rundweg ab. Zwar können wir seinen Standpunkt begreifen. Viele grosse Soldaten, unter ihnen der ältere Moltke, haben ihn geteilt. Es fällt eben nicht immer leicht, die Meinung zu akzeptieren, dass der Soldat – nach von Roons Worten – «eine Lanzette in der Hand des diplomatischen Chirurgen» ist. Aber heute muss man Clausewitz mehr als je zuvor beipflichten, und zwar nicht nur wegen der ins Ungeheure gewachsenen Zerstörungsgewalt des Krieges, sondern auch weil an vielen Orten der Unterschied zwischen Krieg und Frieden immer mehr verschwimmt. Der Koreakrieg war möglicherweise der letzte «Krieg», den Clausewitz und seine Zeitgenossen als solchen erkannt hätten – ein Krieg mit scharf gezogenen Fronten, geführt von organisierten und uniformierten Truppen, die von normalen Nachschublinien abhingen. Bei der Kontroverse zwischen Truman und MacArthur – wie auch bei jener zwischen Bismarck und Moltke oder Lloyd George und Haig – handelte es sich um eine Auseinandersetzung, die ganz in den Rahmen der Lehrmeinung Clausewitz' passte. Inwieweit diese gültig bleiben wird, muss, da das Kriegsgeschehen der Zukunft aller Voraussicht nach immer häufiger die Form von Subversion, Aufstand und Bürgerkrieg annehmen wird, eine offene Frage bleiben.

Copyright by Allen & Unwin Ltd., London